

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Konzept der Landesregierung - Einrichtung einer universitär-qualitätsgesicherten Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen im Land Brandenburg - Drucksache 7/4810 vom 22.12.2021

Für eine zukunftsfähige Berufsschullehrerausbildung im Land Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Entscheidung für die Universität Potsdam als zukünftige Ausbildungsstätte für das Lehramt für berufliche Schulen zu revidieren und sich stattdessen für die BTU Cottbus-Senftenberg als Standort auszusprechen.
2. von der Konzeption eines bloßen Masterstudiengangs ohne vorgeschalteten Bachelorstudiengang für das Lehramt für berufliche Schulen Abstand zu nehmen und stattdessen die Einrichtung eines grundständigen Studiums zu empfehlen.
3. den beteiligten Ausschüssen AWFK und ABJS unverzüglich eine detaillierte und vollständige Kalkulation vorzulegen, mit welchen voraussichtlichen Kosten die Einrichtung einer Berufsschullehrerausbildung
 - a) an der Universität Potsdam und
 - b) an der BTU Cottbus-Senftenberg einhergehen würde. Hierbei sind jeweils die Kosten für die bisherigen Planungen zur Einrichtung eines Masterstudiengangs ebenso zu berücksichtigen wie für einen möglichen, gegenwärtig aber nicht weiterverfolgten grundständigen Studiengang aus Bachelor und Master.
4. die notwendigen räumlichen Kapazitäten auch dadurch sicherzustellen, indem das OSZ Cottbus sowie weitere OSZ in der Umgebung als Kooperationspartner gewonnen werden, die ihre Räumlichkeiten und Kabinette nach dem schulischen Unterrichtsbetrieb für Universitätsveranstaltungen zur Verfügung stellen könnten.

Begründung:

1. Die Entscheidung für oder gegen einen möglichen Standort zur Ausbildung von Berufsschullehrern im Land Brandenburg darf sich nicht allein danach ausrichten, welche Option die kostengünstigere ist. Ebenso wenig darf allein ausschlaggebend sein, ob und wie rasch auf bereits bestehende Strukturen an den infrage kommenden Standorten aufgebaut werden kann oder ob sie gänzlich neu geschaffen werden müssen. Stattdessen ist gründlich und transparent abzuwägen und darzulegen, welche mittel- und langfristigen Auswirkungen die Entscheidung auf die wirtschaftlichen Perspektiven und die Attraktivität des Landes Brandenburg für Fachkräfte insgesamt hat.

Eine Ansiedlung der Berufsschullehrerausbildung an der Universität Potsdam würde deren ohnehin schon übermächtige Stellung für die Lehrerausbildung zementieren. Dies ginge zulasten der berlinfernen Regionen und insbesondere der Lausitz mit der BTU Cottbus-Senftenberg als im Konzept bereits verworfenem Alternativstandort. Die Lausitz ist durch den Strukturwandel besonders hart getroffen. Für diese Region wäre daher neben der geplanten Einrichtung des Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus auch die Ansiedlung der Berufsschullehrerausbildung von erheblicher Bedeutung. Hierdurch könnten nicht nur neue Arbeitsplätze und Strukturen geschaffen werden, man würde zudem einen weiteren, wichtigen Beitrag leisten, die Attraktivität und die Zukunftsfähigkeit der BTU bzw. der Region als Ganzes zu stärken. Im Flächenland Brandenburg sollten strukturschwächere Gegenden gezielt gestärkt werden, statt die ohnehin prosperierende Hauptstadtregion zu privilegieren.

2. Der Anzuhörende Prof. Dr. Andreas Diettrich, Professor für Wirtschafts- und Gründungspädagogik an der Universität Rostock, erklärte mit Blick auf den von der Landesregierung geplanten Verzicht auf eine grundständige Berufsschullehrerausbildung eindeutig, er „persönlich würde dem Land Brandenburg immer empfehlen, eine grundständige, umfassende und attraktive Ausbildung zu machen [...] als einen reinen Masterstudiengang.“ Für die quantitative und qualitative Fachkräftesicherung ist Brandenburg dringend darauf angewiesen, im ohnehin angespannten Wettbewerb mit den anderen Bundesländern zu bestehen. Dies wird ohne ein innovatives, qualitativ exzellentes, grundständiges Studium nicht oder in nur eingeschränktem Maße gelingen können. Auch die beabsichtigte einseitige Verengung auf Fachbachelorabsolventen als Zielgruppe für eine universitäre Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen erscheint wenig erfolgversprechend, um den absehbaren Bedarf an Berufsschullehrern zukünftig decken zu können. Denn ein wesentliches Merkmal des Lehramtsstudiums sind die Arbeit im Schulalltag durch Praktika und die damit verbundene Ausbildung in Fachdidaktik, Allgemeiner Didaktik und Pädagogik. Werden diese Erfahrungen und Erkenntnisse frühzeitig erworben, kann der Lehramtsstudent rechtzeitig einschätzen, ob er für den Lehrerberuf geeignet ist. Wird jedoch vornehmlich auf Fachbachelorabsolventen als Einsteiger in ein lehramtsbezogenes Masterstudium gesetzt, erhöht sich die Gefahr einer hohen Abbrecherquote, da die Studenten hier zum ersten Mal mit dem schulischen Alltag in Berührung kommen. Somit verschieben sich die wichtigen Praktikumsphasen an das Ende des gesamten Studienganges.

3. Für die Universität Potsdam als den von der Landesregierung favorisierten Standort wurde im Konzept der Landesregierung eine detaillierte Kostenauflistung für die Einrichtung eines Masterstudiengangs für das Lehramt an beruflichen Schulen vorgelegt.¹ Für den Standort BTU Cottbus-Senftenberg hingegen wurde lediglich die pauschale Summe von „mindestens 4,8 Mio. € p. a. [...], zuzüglich Kosten für die Erstausrüstung sowie für die Bereitstellung zusätzlicher Räume und deren Ausstattung“² genannt. Nach Aussage der beteiligten Experten habe man diese Kosten ebenso wenig aufgeschlüsselt wie jene für ein infrage stehendes grundständiges Studium. Dies lässt zumindest Zweifel aufkommen, ob die Standortfrage ergebnisoffen diskutiert wurde.

Für eine nachvollziehbare Abwägung, welcher infrage kommende Standort aus finanzieller Sicht besser geeignet wäre, ist eine detaillierte und vollständige Gegenüberstellung der prognostizierten Gesamtkosten unerlässlich.

4. Den Vorschlag des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Leiters der AG Schulleitung des Berufsschullehrerverbands, Michael Seifert, aufgreifend, wäre zur raschen Klärung der notwendigen räumlichen Kapazitäten zu prüfen, inwieweit das OSZ Cottbus und weitere OSZ in der Umgebung ihre Räumlichkeiten nach dem schulischen Unterrichtsbetrieb für universitäre Veranstaltungen zur Verfügung stellen könnten.

¹ Vgl. Einrichtung einer universitär-qualitätsgesicherten Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen im Land Brandenburg, Konzept der Landesregierung (Drucksache 7/4810), 22.12.2022, S. 19.

² Ebd., S. 24.